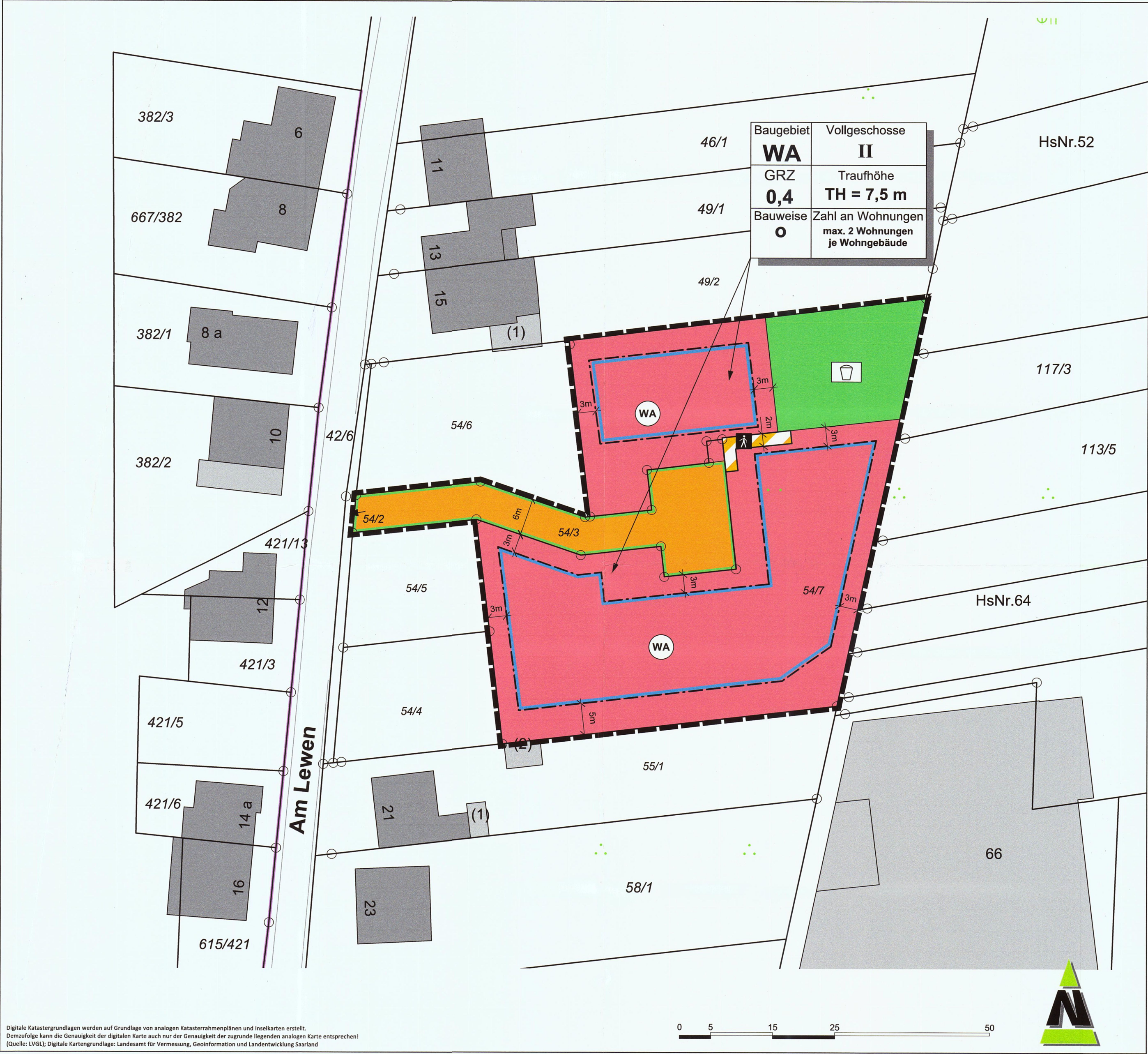


Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Am Lewen"

Teil A: Planzeichnung



Digitale Kartierungsmethoden werden auf Grundlage von analogen Kartierungsmethoden und -unterlagen erstellt. Die digitale Karte ist eine digitale Abbildung der analogen Karte und ist nicht als Ersatz für die analogen Karte zu verwenden. (Quelle: LVGL, Digitale Kartierungsmethoden, Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung Saarland)

Teil B: Textteil

Festsetzungen
gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 - 15 BauNVO)
siehe Planzeichnung

Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

Allgemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen.

1.1 Zulässige Arten von Nutzungen
(§ 4 Abs. 2 BauNVO)
 - Wohngebäude
 - die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
Gem. § 13 BauNVO sind im Allgemeinen Wohngebiet für die Berufsausübung freiberuflich tätiger und solcher Gewerbebetreiber, die ihren Beruf in ähnlicher Art ausüben, Räume zulässig.

1.2 Ausnahmeweise zulässige Arten von Nutzungen
(§ 4 Abs. 3 BauNVO)
 - Betriebe des Beherbergungsgewerbes
 - Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
1.3 Nicht zulässige Arten von Nutzungen
(§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO)

Gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO wird festgesetzt, dass die gem. § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmeweise zulässige Arten von Nutzungen:
 - Anlagen für Verwaltungen
 - Gartenbaubetriebe
 - Tankstellen
nicht Bestandteil des Bebauungsplans werden.

1.4 Bindung an den Durchführungsvertrag (§ 12 Abs. 3a BauGB)
Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB i.V.m. § 9 Abs. 2 BauGB wird festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet. Änderungen des Durchführungsvertrages oder der Abschluss eines neuen Durchführungsvertrages in beiderseitigen Einvernehmen der Vertragspartner sind im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplanes zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 16 - 21 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans bestimmt durch die Festsetzung von:

2.1 Grundflächenzahl
(§ 19 BauNVO)
Siehe Nutzungsschablone

Die Grundflächenzahl im WA wird auf 0,4 festgesetzt.
Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche sind die Grundflächen von:
 - Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
 - Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
 - baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche,
durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, mitzurechnen.

Gem. § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen der oben genannten Anlagen bis zu einem Wert von 0,6 zulässig ist.

2.2 Zahl der Vollgeschosse
(§ 20 Abs. 1 BauNVO)
Siehe Nutzungsschablone

Die maximale zulässige Zahl an Vollgeschossen wird im Allgemeinen Wohngebiet auf max. II Vollgeschosse festgesetzt.

2.3 Höhe baulicher Anlagen
(§ 18 BauNVO)
Siehe Nutzungsschablone

Für das Allgemeine Wohngebiet wird die Höhe der baulichen Anlagen durch die max. Traufhöhe (Schnittlinie der aufgehenden Wand der Gebäudelängsseite mit der Oberkante der Dachhaut bzw. der Fortführung dieser

Linie an der Giebelseite) über dem Niveau der Achse der angrenzenden Straße im Endstufenausbau, gemessen in der Mitte der an die Straße angrenzenden Gebäudeseite senkrecht zur Straßenachse, festgesetzt:
TH = 7,5m

- Bauweise**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)

Im Allgemeinen Wohngebiet wird eine offene Bauweise entsprechend § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt. Es sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

4. Überbaubare Grundstücksflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)
siehe Planzeichnung.

Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO werden die überbaubaren Grundstücksflächen im vorliegenden Bebauungsplan durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt, die dem Plan zu entnehmen sind.

5. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)
siehe Planzeichnung

Gem. § 12 Abs. 6 BauNVO wird festgesetzt, dass innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes Garagen und überdachte Stellplätze innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, zwischen vorderer Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie sowie neben den Gebäuden bis zur hinteren Baugrenze zulässig sind.

Zufahrten zu den Stellplätzen, Garagen, überdachten Stellplätzen und Carports sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

6. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden
(§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)
siehe Nutzungsschablone

Max. 2 Wohnungen je Wohngebäude,

7. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
siehe Planzeichnung

Hier: die neue Erschließungsstraße wird als Straßenverkehrsfläche festgesetzt (Breite: 6,0 m)
Hier: der Fußweg zum Spielplatz wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgesetzt.

8. Führung von oberirdischen Versorgungsanlagen und -leitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Innerhalb des Plangebietes wird ein Trennsystem festgesetzt. Das anfallende Schmutzwasser aus den Haushalten wird der Ortskanalisation zugeführt. Das unbelastete Niederschlagswasser ist auf den Grundstücken in Zisternen zurückzuführen (vgl. Festsetzung nach LBO) oder über eine mindestens 30 cm mächtige bewachsene Bodenzone zur Versickerung zu bringen.

8. Öffentliche Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
siehe Planzeichnung

Im nordöstlichen Plangebiet wird die öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Kinderspielplatz" festgesetzt.

9. Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

P.1: Begrünung der nicht überbaubaren Grundstücksflächen
Alle nicht überbaubaren Grundstücksflächen im Allgemeinen Wohngebiet, die nicht für Zufahrten, Umfahrungen, Stellplätze oder Nebenanlagen benötigt werden, sind gärtnerisch anzulegen und intensiv zu begrünen. Pro Grundstück sind mindestens ein standortgerechter Obstbaum- oder Laubbauhochstamm sowie 5 standortgerechte Sträucher gemäß Pflanzliste anzupflanzen. Großflächig mit Steinen bedeckte Flächen, auf denen hauptsächlich Steine zur Gestaltung verwendet werden und Pflanzen nicht oder nur in geringer Zahl vorkommen (Schottergärten), sind im Bereich der Grundstücksfreiflächen nicht zulässig.

Für alle Pflanzmaßnahmen sind die DIN 18916 sowie die DIN 18920 und die FLL-Empfehlungen für Baumpflanzungen entsprechend zu beachten und es sind gebietsheimische Gehölze mit der regionalen Herkunft „Westdeutsches Bergland und Oberrheinlagen“ (Region 4) nach dem „Leitfaden zur Verwendung gebietseigener Gehölze“ (BMU, Januar 2012) zu verwenden.

Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im Folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:

Pflanzliste Laubbäume	Pflanzliste Sträucher
Hainbuche (Carpinus betulus)	Schlehe (Prunus spinosa)
Vogelkirsche (Prunus avium)	Zweigfrüchtiger Weißdorn (Crataegus laevigata)
Stiel-Eiche (Quercus robur)	Einfrüchtiger Weißdorn (Crataegus monogyna)
Trauben-Eiche (Quercus petraea)	Hasel (Corylus avellana)
Winterlinde (Tilia cordata)	Schwarzer Holunder (Sambucus nigra)
Sommerlinde (Tilia platyphyllos)	Hundrose (Rosa canina)
Heimische Obstbaumsorten	Vogelbeere (Sorbus aucuparia)

Planzeichenerläuterung

nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZVO 1990

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB ; §§ 1-11 BauNVO)

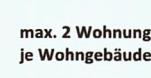


Allgemeine Wohngebiete
(§ 4 BauNVO)

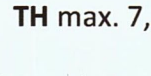
Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB, § 16 BauNVO)



GRZ 0,4
Zahl der Vollgeschosse



max. 2 Wohnungen
je Wohngebäude



TH max. 7,5 m
Höhe der baulichen Anlage
hier: Traufhöhe

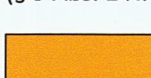
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr.2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)



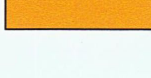
Offene Bauweise



Baugrenze



Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)



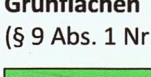
Strassenverkehrsflächen



Strassenbegrenzungslinie



Fussweg



Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)



öffentliche Grünfläche
hier Zweckbestimmung "Kinderspielplatz"



Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Pflanzqualität
Zur schnelleren Wirksamkeit der Ausgleichspflanzungen im Sinne einer besseren Einbindung des Planungsraumes ins Landschaftsbild werden folgende Mindest-Qualitätsstandards an die Pflanzungen gestellt:

- Hochstämme / Stammbüsche: 2xv, STU 10-12 cm
- Heister: 2xv, ab 100 cm
- Sträucher: 2Tr., ab 60 cm

Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

10. Räumlicher Geltungsbereich
(§ 9 Abs. 7 BauGB)
siehe Planzeichnung

Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Festsetzungen - Örtliche Bauvorschriften
gem. § 9 Abs. 4 BauGB i. v. m. § 85 Abs. 4 LBO Saarland

Niederschlagswasser

Es wird festgesetzt, dass das auf den versiegelten Flächen und Dachflächen anfallende Niederschlagswasser in Zisternen zu sammeln ist. Für die Baugrundstücke werden daher Zisternen mit je einem Nutzvolumen von 2 cbm und einem Retentionsvolumen von 4 cbm festgesetzt.

Nachrichtliche Übernahme

gem. § 9 Abs. 6 BauGB

Wasserschutzgebiet Hüttersdorf / Bettingen

Das Plangebiet liegt innerhalb der Schutzzone III des mit Verordnung vom 05.01.1990 festgesetzten Wasserschutzgebietes „Hüttersdorf/Bettingen“ (C 34).

Die in der Wasserschutzgebietsverordnung festgelegten Verbote und genehmigungspflichtigen Handlungen sind in der Bebauungsplanumsetzung zu beachten.

Im Zusammenhang mit der Wasserschutzgebietsverordnung sind darüber hinaus folgende Richtlinien und Regelwerke zu beachten:

- das DVGW Regelwerk Technische Regel Arbeitsblatt W 101 „Richtlinie für Trinkwasserschutzgebiete“
- das Regelwerk A 142 der Abwassertechnischen Vereinigung „Abwasserkanäle und -leitungen in Wassergewinnungsgebieten“
- RISTWag „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten“
- LAGA Regelwerk „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen“
- Verordnung über die Versickerung von Niederschlagswasser in Wasserschutzgebieten
- DIN 19731 zu Baggergut, welches zur Herstellung von durchwurzelbaren Bodenschichten verwendet werden darf
- Vorgaben des § 8 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie der erlassenen Verordnungen sowie
- der Klärschlammverordnung zu erlaubten Gemischen von Bodenmaterial mit Abfällen
- Geothermiebohrungen sind im Bereich des Bebauungsplanes nicht zulässig.
- Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen im Rahmen von geplanten Bauvorhaben darf nur Material verwendet werden darf, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das der Einbauklasse 0 der LAGA Mitteilung M20 (Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen Stand, September 2005) entspricht.

Hinweise

Denkmalschutz

Die Vorschriften des Saarländischen Denkmalschutzes sind zu beachten und einzuhalten.

Baumpflanzungen

Das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Baumpflanzungen zu beachten. Bei der Ausführung der Erdarbeiten oder Baumaßnahmen müssen die Richtlinien der DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" beachtet werden. Weiterhin ist das DVGW-Regelwerk GW 125 "Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" bei der Planung zu beachten, um Schäden an Versorgungsleitungen auszuschließen.

Einhaltung der Grenzabstände

Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.

Alter Bergbau

Das Plangebiet befindet sich im Bereich einer ehemaligen Eisenerzkonzession. Bei Ausschachtungsarbeiten ist daher auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten. Eventuelle Anzeichen von altem Bergbau sind dem Oberbergamt mitzuteilen.

Gemeinde Schmelz / Ortsteil Hüttersdorf



Gesetzliche Grundlagen

Bund:

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2886), zuletzt geändert durch Artikel 2 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. August 2020 (BGBl. I S. 1728).

Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenvorordnung - PlanZv) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542 (Nr. 53)), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. März 2020 (BGBl. I S. 440).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08. April 2019 (BGBl. I S. 432).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) Artikel 1 des Gesetzes vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), in Kraft getreten am 01. März 1999 zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808).

Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465).

Land:

Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1731 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).

Kommunalselbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Februar 2020 (Amtsblatt des Saarlandes S. 208).

Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutz-rechts vom 05. April 2006 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsblatt des Saarlandes Seite 324).

Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).

Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 3 des Gesetzes Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes 2018 S. 358).

Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Bauberufsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).

Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Bauberufsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).

Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 632).

Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbodSchG) Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393).

Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 632).

Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbodSchG) Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393).

Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juli 2015 (Amtsbl. I S. 632).

Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SbodSchG) Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990) zuletzt geändert durch Art.10 Abs.3 i.V.m. Art.14 des Gesetzes Nr.1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S.2393).

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom 02.07.2021 mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Am Lewen“ wurde in der Sitzung am 17.12.2020 vom Gemeinderat der Gemeinde Schmelz als Sitzung beschlossen.

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).